Morgen-Ausgabe
No. 147. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 27. März 1908

Die „Modernen" in der Nationalgalerie.

Eine aktuelle Museumswanderung.

Wir haben auf unserem Streifzuge durch die Nationalgalerie die Front der drei großen hellenistischen Maler Feuerbach, Böcklin, Marrées abgeschritten; wir haben die Düsseldorfer Schule in ihren Charakterzügen gekennzeichnet; wir treten nunmehr, um die Wanderung durch das Untergeschoß zu vollenden, den emporragenden Meistern und Geistern der jungdeutschen Malerei entgegen (soweit der vortreffliche Herr v. Tschudi ihre Ausstellung hat durchsetzen können). Der Museumsbesucher befindet sich in bekannten Gewässern: mit Namen wie Uhde, Trübner, Leibl, Thoma, Defregger, Liebermann, Leistikow verbinden sich ihm so feste Vorstellungen, daß nur ein paar sichtende Hinweise von Nutzen sind.

Fritz v. Uhde ist in der Nationalgalerie durch zwei Bilder vertreten: das religiös-soziale Gemälde „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast" und durch das Gelegenheitsporträt des wartenden Kindes „Im Vorzimmer". Das letzte besticht durch die leichte Stellung des kleinen Mädchens; wie die beiden Arme über den Körper hinabhängen, der Blick schüchtern-angstvoll in der Erwartung unter dem tiefen Strohhute hervorlugt: das ist, mit einem duftigen Tropfen Humor untermischt, zwanglos und frei hingesetzt. Das Bild des Jesus, der an den Tisch der bayrischen Bauernfamilie tritt, birgt, abgesehen von der feineren malerischen Behandlung — man beachte nur das Spielen der Lichter — den tieferen Sinn. Es ist ein Gefühl von Scheuheit und Beklommenheit, das uns aus den staunenden Blicken der armen, ernsten Menschenkinder entgegenströmt, ein Gefühl von unbeschreibbarer Ruhe und Güte, das aus der Jesusgestalt schimmert. In diesem Bild ist die Heilandsidee mit einer wunderbaren religiösen Wärme gegeben: der prunklose Pilger kommt im blauen Leinenkittel, um bei den Armen und Beladenen zu Gaste zu sitzen. Das ist wahre und tiefe religiöse Malerei; nicht die, die mit innerer Kälte zur Galaausstattung kostspieliger Kirchenhäuser fabriziert wird.

Auch Hans Thoma ist leider nur durch zwei Bilder charakterisiert; nicht gerade in seinen besonderen Eigenarten. Die „Ziegenherde" (im nächsten Saale) ist in der Farbe etwas aschig und freudlos; ganz entzückend aber ist der „Rhein bei Säkkingen". Man hat mit einem Ruck die Empfindung: das ist deutsche Landschaft, wie sie besungen ist in unserem Märchen, besungen von Scheffel, Möricke und Eichendorff das Hügelland grün und heiter, blumendurchsät, von glitzerndem Flusse durchquert, von heiteren Dörfern betupft; eine fast romantische Schönheit.

In demselben Saale hängen ferner: vom Düsseldorfer Clarenbach eine Landschaft „Der Abendstern", wundervoll in den schummrigen, ermatteten Farben; von Holmberg ein knorriges Architekturbild „Burg Füssen", von Diez eine anmutige Malerei „Das Waldfest", von Böhle ein „Männliches Bildnis", in der schlichten, ernsten und kunstlosen Art aus der Ferne an Dürer gemahnend, von Defregger eine „Almenlandschaft".

Der nächste Saal erhält hauptsächlich durch Trübner sein Gepräge. Wir treten also der süddeutschen Schule der jungdeutschen Malerei näher, deren Höhepunkte Trübner und Leibl, deren talentvolle Mitglieder Künstler wie Sperl, Schuch, Heider, Hirth du Frères sind. Obwohl Trübner in der Sezession ausstellt, gilt er in Preußen noch nicht als ganz so revolutionär wie beispielsweise der Kreis um Liebermann und Leistikow, erstens einmal, weil Trübner der bevorzugte Porträtist des württembergischen Königs ist, also ziemlich einwandsfrei, Leibl aber bereits unter der Erde liegt; und bei reaktionären Gemütern ist das erst der richtige Zeitpunkt, an dem großen Geistern gehuldigt werden soll.

Diese ganze Schule hat das riesenhafte Verdienst, das Oelbild in der Makart-Epoche dem schlichten, derbdeutschen Stile zurückerobert zu haben. Leibl ist nicht umsonst unter die Bauern Oberbayerns gezogen, hat nicht umsonst sein Leben beendet in der fernen, schier unerreichbaren Verborgenheit eines Torfbauerndorfes. Ueberblickt man den Saal, der ihm gewidmet ist — eine köstliche und einzigartige Sammlung —, so wird man staunen vor dieser harten, großen und schlichten Malerei, die wir ohne Dreistigkeit gegen die alten Niederländer halten dürfen. Hier ist kein Kommentar vonnöten. Man achte darauf, wie sich der Stil vom flackernd Gewischten (beim „Bürgermeister Klein" am schönsten und lebensvollsten) abglättet zur scharfen, deutlichen Präzision. Das Bildnis des Freiherrn v. Perfall („Der Jäger" bezeichnet) ist das Glanzstück dieser Epoche. Man bewundere den blassen, nassen Duft der Seelandschaft, bewundere vor allem die Energie und Festigkeit, mit der der Mann, in einer ganz ruckartigen Bewegung befindlich, ins Bild gerückt ist, hochragend und monumental. Niemals vergesse man bei Leibl, den Augenausdruck des gemalten Menschen zu suchen.

Trübner ist weltmännischer. Man kann es schon auf dem „Herrenbildnis" sehen, dessen Gegenstand uns nicht sonderlich sympathisch zu sein braucht: hier ist bei aller Kraft und Lebensfülle mehr Eleganz. Die Hauptsache ist: Wie ist dieser Mensch hingesetzt; ganz leicht, frei, umgänglich! Eine Landschaft „Herrenchiemsee" trägt ganz die Spuren des Leibl-Kreises.

Der Schlierseer Karl Heider ist zu einem besonderen Ausdruck gekommen. Seine Gebirgslandschaft hat etwas Steifes, Herbes, Holzschnittartiges. Es gibt Augenblicke im Naturleben, wo sich solche Stimmung zusammenballt, wie sie auf seinem Gebirgsbilde sichtbar ist.

Von den anderen Leibl-Schülern seien Schuch und Sperl namentlich genannt. Auch der früh dahingegangene Stauffer-Bern (ein starkes Bildnis Gustav Freytags) steht ihnen nicht fern.

Wir gelangen nunmehr zu den Impressionisten. Wer es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, in Kunstdingen anderer Meinung zu sein als die Umgebung des Herrn Holle, kehre hier um. Zum mindesten bekreuzige er sich erst dreimal.

Von Max Liebermann wird man freilich nichts finden als Schöpfungen, die schon durch die geschichtliche Bedeutung gegen alle Vorwürfe gefeit sind. Die epochalen Werke seiner frühen Zeit, die „Gänserupferinnen" und die „Flachsspinnerinnen" (man achte vor allem auf den Silberglanz der gezogenen Fäden), deuten erst hin auf die Fortschritte, die dieses scharfe Talent Schritt für Schritt hinter sich gebracht hat. Bemerkenswert ist, wie bei allen diesen Bildern, auch bei der „Schusterwerkstatt", eine intensive Lichtquelle direkt auf den Beschauer zuströmt und die Gestalten und Gegenstände an ihren Konturen mit einem silbrig flüssigen Zittern umrahmt. Eine „Dünenlandschaft" aus jüngster Zeit entzückt durch den Saft der befeuchteten Farben und durch die fegende Manier des Farbenauftrags.

Im nächsten Saale hängt Leistikows Meisterbild, der „Grunewaldsee", ein Gemälde von großer, tiefer Schönheit, von einem fast märchenhaften Zauber der Stimmung, von einer phantastischen Poesie der Farben. Wir haben die Empfindung, die Natur schon einmal in solchen heiligen Augenblicken belauscht zu haben. Das ist eine Malerei, die unsere Zeit überdauern muß. Sie ist von unanfechtbarer Bedeutung. Bezeichnend ist es aber, daß es unendliche Schwierigkeiten kostete, bis Tschudi bei den maßgebenden Stellen mit der Annahme dieser generösen Schenkung des Herrn Richard Israel durchdrang.

Man wird nun denken, eine ganze Heerschar von Sezessionisten folgen zu sehen, deren Bevorzugung Herrn v. Tschudi bekanntlich vorgeworfen wird. O nein! Dora Hitz (Kinderbildnis) und Ziegel (Weidende Kühe) sind die einzigen. Es fehlen Künstler wie Slevogt, Corinth, Hübener, Ludwig v. Hoffmann, Graf Kalkreuth, Baluscheck. Wo ist da eine Bevorzugung?

Hiermit haben wir das Untergeschoß der Nationalgalerie (mit Ausnahme der plastischen Abteilung) vollständig durchwandert. Eine Führung durch die mehr historischen Sammlungen im Obergeschoß bleibt vorbehalten.

Die Nationalgalerie ist im März an den unentgeltlichen Tagen Sonntag bis Mittwoch bis 5 Uhr geöffnet, am Sonntag von 12 Uhr, sonst von 10 Uhr ab.

Deutscher Reichstag.

131. Sitzung vom 26. März.
(Schluß.)

Die zweite Beratung des **Etats des Reichskanzlers** wird fortgesetzt.

Reichskanzler Fürst **Bülow** (fortfahrend): Im Reiche kann an das nationale Gewissen, an die Volksseele appelliert werden, wie die letzten Wahlen so glänzend bewiesen haben. In dem Reiche bestehen die Zölle und die indirekten Steuern, in den Einzelstaaten die direkten Steuern, abgestuft nach der Leistungsfähigkeit. Da muß auch das Wahlrecht nach der Leistungsfähigkeit abgestuft sein. Daß die Sozialdemokraten für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten sind, begreife ich, denn sie brauchen die Unzufriedenheit und den Appell an die materiellen Instinkte. Weniger verständlich ist mir das Eintreten der bürgerlichen Linken dafür, denn sie werden doch die Kosten dafür bezahlen müssen. Das allgemeine Wahlrecht wird nur dem Radikalismus Vorschub leisten. Nun kenne ich ja wohl das französische Wort, daß erst das rote Meer des Radikalismus kommen müsse, daß dann aber das gelobte Land komme. Es ist nur ein Unglück, daß alle, die nicht Moses und Aaron zu Führern haben, in dem roten Meer ersaufen müssen. (Stürmische anhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.) Jede radikale Aenderung des preußischen Wahlrechts wird schwerwiegende Konsequenzen auch für die Kommunen haben, wir werden dort das Klassenwahlrecht nicht aufrecht erhalten können. Die preußische Städteordnung hat sich glänzend bewährt. Stellen Sie sich aber mal eine Berliner Stadtverordnetenversammlung auf Grund des Reichstagswahlrechts vor. Es hat sich ein wahrer Sturm erhoben, als ich sagte, daß ich das geheime Wahlrecht für Preußen nicht in Aussicht stellen könnte. Wie hätte die preußische Regierung dies aber machen sollen? Ohne Konflikte wäre dies nicht gegangen, da die Konservativen ja energisch dagegen waren, die im Lande großen Anhang haben. Wäre also nur geblieben die Oktroyierung, der Staatsstreich, die Revolution von oben. Aber Sie kennen mich doch schon seit elf Jahren und werden mir nicht zutrauen, daß ich solche Dummheiten mache.

Die Wahlreform in Preußen

wird kommen; aber wir können nicht Forderungen erfüllen, die den preußischen Staat erschüttern werden, der das Reich zur Macht und Größe geführt hat. Ohne Preußen würde es kein Reich geben. Herr Bebel meint freilich, es wäre kein Unglück, wenn der preußische Staat verschwände. Diese Worte stehen auf derselben Höhe wie die, die er über die Niederlage Deutschlands auf dem Kongreß in Amsterdam gesagt hat. Preußen und das Reich aber, das durch die Staatskunst Bismarcks geschaffen ist, werden zusammenhalten, unerschüttert durch innere und äußere Krisen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Wellstein** (Ztr.): Das preußische Wahlrecht läßt sich nicht aufrecht erhalten. Es entrechtet die große Mehrzahl der Bevölkerung, verurteilt die breite Masse der Minderbegüterten zur Einflußlosigkeit und verhindert durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens zahlreiche Wahlberechtigten an der Ausübung ihres Rechtes. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Der Reichskanzler als berufener Hüter der Reichsverfassung hätte die Kritik des preußischen Ministerpräsidenten vom 10. Januar am verfassungsmäßigen Reichswahlrecht nicht üben sollen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Redner begründet hierauf ausführlich die Zentrumsresolution auf besseren Schutz des Wahlgeheimnisses. (Auf dem Tisch des Hauses sind Modelle von Wahlurnen ausgestellt.)

Abg. **Bruhn** (Reformp.) erörtert die Stellung seiner Fraktion zu den einzelnen Resolutionen und wendet sich heftig gegen Naumann, dessen Agitation eigentlich noch gefährlicher sei als die Bebels. (Beifall rechts.)

Abg. **Emmel** (soz.): Der Reichskanzler hat heute gegenüber der mittleren bürgerlichen Linken einen verbindlicheren Ton angeschlagen als der preußische Ministerpräsident am 10. Januar; aber der Sache nach ist und bleibt Fürst Bülow

Gegner jeder ernsthaften Reform

des preußischen Landtagwahlrechts; denn eine Aenderung, die die Oeffentlichkeit und die ungerechte Wahlkreiseinteilung verewigt, kann nicht als Reform gelten. Wie es bei der öffentlichen Stimmabgabe mit der staatsbürgerlichen Freiheit steht, zeigt der Fall Schellenbach. — Es ist nicht einzusehen, warum ein Wahlrecht, das für das Reich gut genug ist, für Preußen zu schlecht sein soll. — Das Recht auf Straßendemonstrationen kann das Volk sich nicht nehmen lassen: wie dem einzelnen Bürger, so steht auch einer Vielheit von Bürgern die Straße frei. Die Sozialdemokratie kann in ihrem Wahlrechtskampfe keine Rücksicht auf bürgerliche Angstmeierei nehmen. — Die konservative Partei, die seit einem halben Jahrhundert die Praxis des wirtschaftlichen Boykotts zu Wahlzwecken in umfassender Weise übt, hat keine Veranlassung, über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie zu zetern.

Redner wendet sich gegen die Ausweisungspraxis und verbreitet sich über die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens. Ferner weist er darauf hin, daß der frühere Statthalter Hohenlohe anfangs keine Erbschaftssteuer bezahlt habe. Auch bei der Hohkönigsburg soll keine Grundsteuer bezahlt worden sein. Ebenso sollen einzelne Beamte keine Grundsteuer bezahlt haben. Das sollte doch nicht vorkommen. Gerade die Beamten, die doch die Träger des Reichsgedankens sind, sollten doch solche Unterlassungssünden nicht begehen. Wenn man in Elsaß-Lothringen eine Verfassungsreform machen und uns dabei das preußische Dreiklassenwahlrecht bringen will, so verzichten wir auf diese Reform. Wir hoffen, daß uns dann ein anderer Reichskanzler, dem der Fortschritt nicht bloß Pose ist, eine andere Reform bringen wird. Ohne das allgemeine, gleiche und direkte Wahlsystem verzichten wir auf die Verfassungsreform. Seit 37 Jahren ist in Elsaß-Lothringen herzlich wenig geschehen, ich bitte den Reichskanzler, uns zu sagen, wie er die Verfassungsreform sich denkt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Elsaß-lothringischer Kommissar, Geheimrat **Halley**: Wer den früheren Statthalter gekannt hat, wird annehmen können, daß er absichtlich die Steuerzahlung sicher nicht unterlassen hat. Er hat sich vielmehr an den Unterstaatssekretär v. Schraut gewandt, der ihm ein Gutachten erstattete, daß von einer Erbschaftssteuer keine Rede sein könne, da hier die württembergische Gesetzgebung Platz greife. Der Nachlaß sei daher nur in Württemberg steuerpflichtig. Damit ist diese Sache wohl erledigt. Der Erwerb des Schlosses Urville durch den Kaiser ist nicht steuerpflichtig gewesen, da Fürsten keine Steuern zu bezahlen brauchten.

Abg. Dr. **Potthoff** (fr. Vg.): Ich erkenne an, daß die heutigen Erklärungen des Reichskanzlers weniger unbefriedigend für uns waren als die im preußischen Abgeordnetenhaus. Wenn der Reichskanzler am 10. Januar so gesprochen hätte wie heute, so wäre die Erbitterung im Lande nicht so groß geworden. Der Reichskanzler sagte damals nur Erwägungen zu, heute stellte er eine Reform in bestimmte Aussicht. Damals lehnte er auch die geheime Wahl ab, heute wies er auf die bedenkliche wirtschaftliche Abhängigkeit infolge der wirtschaftlichen Entwickelung hin. Von da bis zur geheimen Wahl ist nur ein Schritt. Sollte seine heutige Erklärung auf einer veränderten Haltung beruhen, so wäre zu hoffen, daß wir hier noch zum praktischen Zusammenarbeiten kommen könnten. Sollte aber nur das veränderte Milieu die Veranlassung bilden, so verstehe ich nicht, wie er hier so absprechend über das allgemeine Wahlrecht sprechen konnte. Jedenfalls müssen wir auf der Hut sein und dafür sorgen, daß bei den nächsten Wahlen nur unbedingte Anhänger des allgemeinen und direkten Wahlrechts gewählt werden. Die Gründe, die der Reichskanzler gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen anführte, waren für uns nicht überzeugend. Der Reichskanzler meinte, eine Reform des Landtagswahlrechtes müßte auch eine Reform des Kommunalwahlrechtes nach sich ziehen. Das glaube ich nicht. Ich persönlich könnte mir allerdings sehr wohl auch ein freies Kommunalwahlrecht denken. (Zuruf: Hormann!) Herr Hormann ist auch in Bremen für das Reichstagswahlrecht eingetreten. Wir treten nicht aus Parteirücksichten, sondern aus Ueberzeugung für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein, denn jetzt sind sieben Millionen Preußen rechtlos. Herr Lattmann warf dem Abg. Naumann Demagogie und Schauspielerei vor. Wenn irgendwo Demagogie getrieben ist, so war es von den Antisemiten im Wahlkreis Emden-Norden. (Lärm bei den Antisemiten.) Bei der letzten Wahl in Waldeck haben die Antisemiten direkt Wahlschwindel getrieben durch falsche Stimmzettel. (Lärm bei den Antisemiten. Abg. **Raab** ruft: Das ist eine direkte Lüge.)

Vizepräsident **Kämpf** ruft den Abg. Raab deswegen zur Ordnung.

Abg. **Potthoff** (fortschr.) begründet hierauf seine Resolution und tritt für die volle Freiheit der Vereinsbildung und des Wahlrechts der Beamten ein. Ferner fordert er den Reichskanzler auf, dafür zu sorgen, daß bei den Landtagswahlen seitens der Behörden kein Druck ausgeübt werde. (Beifall.)

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** teilt mit, daß er in nächster Zeit schon den Entwurf eines Staatsangehörigkeitsgesetzes vorlegen zu können hoffe.

Abg. **Storz** (D. Vp.) erörtert die Frage der Sandschackbahn. Wenn die auswärtige Presse die Materie genügend geprüft hätte, würde die Aufregung nicht entstanden sein. Die Bahn hat nur ein ganz untergeordnetes Interesse, die Erregung war überflüssig. Redner befürwortet dann noch seine Resolution über eine Reform des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. Was der Reichskanzler heute über das Wahlrecht sagte, war zwar in der Form konzilianter, in der Sache aber dasselbe, was er am 10. Januar ausführte. Der Reichskanzler hätte sich nichts vergeben, wenn er wenigstens das geheime Wahlrecht zugesagt hätte. (Beifall links.)

Hierauf wird ein konservativer Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der Titel Gehalt des Reichskanzlers wird bewilligt.

Von den Resolutionen wird die sozialdemokratische Wahlrechtsresolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. D. Naumann und Dr. Potthoff abgelehnt, die sozialdemokratische Resolution auf Schutz der Ausländer gegen Ausweisung ebenfalls abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen. (Rufe rechts: Potthoff hoch! hoch Potthoff! Heiterkeit rechts.) Die Resolution Dr. Heckscher und Genossen wird in Punkt 2 und 3 (Errichtung von Beamtenausschüssen und Unterstellung der Staatsbetriebe unter die Gewerbeinspektion) gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten, der wirtschaftlichen Vereinigung und einzelner Nationalliberaler abgelehnt, in Teil 1 und 4 gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Alle anderen Resolutionen finden Annahme, die über das Beamtenrecht und Sicherung des Wahlgeheimnisses gegen die Stimmen der Rechten. Ueber die Resolution Brandys soll auf Antrag der Polen namentlich abgestimmt werden. Die Abstimmung wird auf morgen verschoben.

Der Rest des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wird ohne Debatte angenommen.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes

regt Abg. Dr. **Osann** (natl) eine anderweitige Regelung des diplomatischen Dienstes an. Die hohen Stellen bei den Gesandtschaften und den Konsulaten sind jetzt fast immer ein Privilegium des Adels. Aber nicht die Geburt, sondern die Tüchtigkeit sollte entscheiden. Die bürgerlichen Kreise müssen auch entsprechend berücksichtigt werden, unter den Bürgerlichen gibt es zweifellos viele, die einen hohen diplomatischen Posten vorzüglich ausfüllen könnten. Die anderen Länder schicken uns auch nicht immer Angehörige des hohen Adels, diesem Beispiel müssen wir folgen. Ferner halten wir auch eine Aenderung der diplomatischen Vorbildung für nötig; die Gesandten und Konsuln müssen auch noch Prüfungen nach der kommerziellen und industriellen Seite hin bestehen. Vielleicht könnte man den Besuch einer Handelsakademie vorschreiben oder den Eintritt in ein großes Geschäft oder ein industrielles Etablissement. Auch wäre es zu erwägen, ob man nicht auch Kaufleute in diplomatische Stellen eintreten lassen könnte, sie würden sicher ihrem Lande gute Dienste tun.

Staatssekretär **v. Schön**: Der Wunsch, daß in der Diplomatie etwas anders, besser werden soll, entspringt einem Interesse von auswärtigen Dingen, das zu begrüßen ist, enthält aber auch eine Kritik. Ich glaube, daß die Anerkennung unserer Diplomatie in dem letzten Jahre größer geworden ist; mit Dank nehme ich von den anerkennenden Worten Notiz, die hier über unsere Vertreter auf der Haager Konferenz geäußert sind. Vielleicht ist auch noch manch ein anderer Diplomat besser als sein Ruf. Die Haupttätigkeit des Diplomaten spielt sich im geheimen ab und kommt nicht in die Oeffentlichkeit. Zum Diplomaten gehören in erster Linie umfassende Sprachkenntnisse, die eines Oberkellners genügen nicht, dann ein nicht unbeträchtliches Vermögen, dem eine gewisse Anpassungsfähigkeit, eine kapitalfeste Gesundheit und eine nicht ungünstige äußere Erscheinung. (Stürmische Heiterkeit.) Ueber eine neue Prüfungsordnung schweben Erwägungen, die dem Abschlusse nahe sind. Danach sollen die Referendare gleich nach dem Examen bei uns eintreten und anstatt zwei später vier Jahre im praktischen Vorbereitungsdienst bei uns bleiben. Ferner wird Wert gelegt werden auf eine praktische Tätigkeit in einer Bank, einer Handelskammer, einem großen Geschäft oder dem Besuch einer Handelshochschule. Jedes Gesuch eines Bewerbers wird gewissenhaft geprüft werden, eine Bevorzugung irgendeines Standes wird nicht vorgenommen. (Beifall.) Die Wirkungen der neuen Ordnung werden nicht von heute auf morgen kommen, vielleicht darf man auch nicht zu große Hoffnungen darauf setzen. Vertreter der Kaufleute im Auslande können die Konsuln nicht sein, das werden die Kaufleute selbst besorgen. (Beifall).

Abg. **Erzberger** (Ztr.) wünscht eine Reform der Ausbildung unserer Konsularbeamten.

Abg. **Ahlhorn** (Hosp. d. fr. Vg.): Das Aufblühen und die Tüchtigkeit unseres Handels hat den Neid anderer Nationen hervorgerufen, das berechtigt aber noch nicht zu den Schikanen, die vom Ausland vielfach ausgeübt werden. Wir müssen das größte Gewicht auf tüchtige, diplomatische Vertreter legen, sonst werden wir bei Handelsverträgen übers Ohr gehauen. Unsere Vertretung in der Marokko-Angelegenheit war eine gute; was wir erreicht haben, haben wir dieser Vertretung zu verdanken. Unser Handel mit Marokko kommt jetzt schon dem Handel mit unseren Kolonien gleich, ist also nicht ohne Bedeutung. Die Entwickelung der Verhältnisse hat aber manchen deutschen Kaufmann die Möglichkeit genommen, sein Geschäft wieder zum Blühen zu bringen. Wer entschädigt nun die deutschen Kaufleute für die Verluste, die sie erlitten haben? Das Deutsche Reich muß sich energisch seiner Staatsangehörigen annehmen. Eine Besserung der Verhältnisse ist dringend erwünscht. Die Hafenanlagen in Tanger sind längst fertig, aber die deutschen Forderungen sind noch nicht bezahlt. Würde es sich um französische Firmen handeln, wäre wohl schon längst Bezahlung erfolgt. (Beifall links.)

Abg. **Ledebour** (soz.) bringt eine Beschwerde brasilianischer Deutscher zur Sprache, und erwähnt die Tatsache, daß der Ehekontrakt des chinesischen Kaisers der chinesischen Gesandschaft in Berlin zum Kauf